

OSTERMARSCH MÜNCHEN 2018



ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN! *Atomwaffen verbieten!*

Sa, 31. März, 11³⁰ Pariser Platz

10.15 Uhr Ökumenischer Gottesdienst St. Johannes (Preysingplatz)

11.30 Uhr Auftaktkundgebung Pariser Platz (Haidhausen)

Es spricht: Thomas Lechner, Gemeinsam für Menschenrechte und Demokratie

anschließend Demonstrationzug zum Marienplatz

13.00 Uhr Abschlusskundgebung Marienplatz

mit Reiner Braun Präsident International Peace Bureau (IPB)

ab 12.15 Uhr bis ca. 15.00 Uhr: Programm mit Infoständen & Musik



Münchner Friedensbündnis
www.muenchner-friedensbuendnis.de

mit freundlicher
Unterstützung des
Kulturreferats der
Landeshauptstadt München



OSTERMARSCH-AUFRUF MÜNCHEN 2018



ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN ATOMWAFFEN VERBIETEN!

Neues Wettrüsten

Uns droht die gewaltigste Hochrüstung seit dem 2. Weltkrieg. 2014 haben die NATO-Staaten beschlossen, binnen zehn Jahren ihre Rüstungs-etats auf zwei Prozent des jeweiligen BIP (Bruttoinlandsprodukt) zu erhöhen. Das sieht nicht nach viel aus, hat aber gravierende Folgen.

2017 lagen die Militärausgaben in Deutschland bei 37 Milliarden Euro. Ein Zwei-Prozent-Anteil hätte 65 Milliarden Euro bedeutet, also 28 Milliarden mehr. Die Folgen für die Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsetats wären im wahrsten Sinn des Wortes verheerend. Schon heute ist der Verteidigungsetat der zweitgrößte Posten im Bundeshaushalt – größer als die Etats Bildung/Forschung und Gesundheit zusammen. Im Jahr 2024 sollen 74 Milliarden für Rüstung und Krieg ausgegeben werden. (Quelle: www.ISW-muenchen.de).

Ein besonderes Problem ist, dass 25 EU-Staaten, darunter 21 NATO-Staaten im Rahmen der am 13. Nov. 2017 vereinbarten Permanent Structured Cooperation (PESCO) in Rüstungsfragen stärker kooperieren, ihre Militäraktivitäten zu größerer Schlagkraft bündeln, ihre Rüstungsindustrien konzentrieren und gemeinsame Waffen-Forschung und -Entwicklung vorantreiben.

Die PESCO-Teilnehmer, zu denen Deutschland gehört, verpflichten sich „regelmäßig den Verteidigungshaushalt“ zu erhöhen. „Für die Rüstungsindustrie kann die PESCO zum Konjunkturprogramm werden“, schreibt das Handelsblatt (12.12.2017).

Wir brauchen aber kein Konjunkturprogramm für die Rüstungsindustrie, denn es fehlt in allen sozialen Bereichen: In Bildung, Arbeit, Rente, in der Infrastruktur, im Umweltschutz, in der Entwicklungshilfe usw.

Es kann doch nicht sein, dass wir unsere Ressourcen dem Tod und nicht dem Leben geben.

Auslandseinsätze

Konflikte lassen sich nicht mit Waffengewalt lösen. Alle Auslandseinsätze der Bundeswehr sind gescheitert, wie wir täglich in Afghanistan, Irak, Mali usw. sehen. Trotzdem wurden Anfang 2018 Auslandseinsätze durch die Mehrheit des Bundestages verlängert. Damit wird eine falsche Politik weitergeführt, die primär den wirtschaftlichen und strategischen Interessen des Westens dient und nicht humanitären Zielen.

Krieg ist die Fluchtursache Nummer 1

Die Flüchtlinge sind Opfer einer grausamen und verfehlten Politik. Nun werden sie zu Sündenböcken für die Politik, die von den herrschenden Regierungen gemacht wird. Der Syrien-Konflikt steht dafür geradezu beispielhaft mit den USA, Russland, Saudi-Arabien, Iran und der Europäischen Union als Beteiligte, die entweder direkt oder indirekt in die kriegesischen Auseinandersetzungen involviert sind.

Deutschland hat alle internationalen Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte unterzeichnet. Gleichzeitig vergibt die EU jedoch Milliarden an Staaten wie Eritrea, Sudan, Marokko oder die Türkei, wo Menschenrechte systematisch missachtet werden, damit sie die Menschen von der Flucht in Richtung Europa abhalten.

Flüchtlingszahlen UNHCR

Die Zahl der Menschen, die vor Krieg, Konflikten und Verfolgung fliehen, war noch nie so hoch wie heute. Ende 2016 waren 65,6 Millionen Menschen, darunter 5,5 Millionen Syrer, weltweit auf der Flucht. Im Vergleich dazu waren es ein Jahr zuvor 65,3 Millionen Menschen, vor zehn Jahren 37,5 Millionen Menschen.

Rüstungsexporte

Die deutschen Rüstungsexporte sind ein wesentlicher Treiber in den verschiedenen Kriegen.

Die deutschen Exporte von Waffen und anderem militärischen Gerät haben unter der Großen Koalition Rekordniveau erreicht. Es gibt keine Hoffnung, dass es unter der neuen Regierung anders wird. Dabei gibt es einen nachweisbaren Zusammenhang zwischen Rüstungsexporten und Flucht.

Umdenken gefordert – Atomwaffen verbieten

Noch unter Präsident Obama hat die US-Regierung ein gigantisches Programm zur Aufrüstung ihres Atomwaffenarsenals beschlossen. Dazu gehört die Neustationierung von Atomwaffen in Europa und die Ausweitung der US-Raketenabwehr auf Europa.

Auf dem Bundeswehr-Standort Büchel sind bekanntlich noch ca. 20 US-Atombomben stationiert. 2010 hatte der Deutsche Bundestag einen von allen Parteien unterstützten Beschluss gefasst, der von der Bundesregierung forderte, dass sie sich für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen sollte. Doch bis heute zeigt die Bundesregierung keinerlei Bereitschaft, die sogenannte Nukleare Teilhabe zu beenden. Statt des Abzugs geschieht genau das Gegenteil: Die Bomben in Büchel werden durch einen neuen Bombentyp, die B6-12 ersetzt.

Am 7. Juli 2017 haben 122 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen den Aufstand gegen die Atommächte gewagt und einen Vertrag zum Verbot aller Atomwaffen beschlossen. Das Abkommen verbietet neben der Herstellung, dem Besitz und dem Einsatz auch schon die Drohung

mit einem Nuklearschlag sowie die Stationierung von Atomwaffen anderer Staaten.

Die Bundesregierung hat, ebenso wie alle Atom-mächte und die anderen NATO-Staaten, diese Verhandlungen und den Vertrag boykottiert.

Ein kleiner Lichtblick ist die Verleihung des Friedensnobelpreises 2017 an die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN).

Wir fordern von der Bundesregierung:

- 1** Abrüstung statt Aufrüstung
- 2** Ausbau der zivilen Konfliktbearbeitung – keine zivil-militärische Zusammenarbeit
- 3** Das Ende aller Auslandseinsätze der Bundeswehr
- 4** Solidarität mit den Flüchtlingen; Fluchtgründe beseitigen, nicht verursachen
- 5** Sofortigen Beitritt zum Atomwaffen-Verbotsvertrag
- 6** Sofortige Beendigung der Nuklearen Teilhabe Deutschlands und Verbot der Stationierung von US-Atomwaffen in der Bundesrepublik.
- 7** Verbot aller Rüstungsexporte

Die Ursprünge des Ostermarsches liegen in der Anti-Atomwaffen-Bewegung. Es ist ein Armutszeugnis für die Politik, dass sie bis heute keinen Weg aus dieser Gefahr gefunden hat.

Erinnern wir die Bundesregierung an ihre Aufgaben – Die Welt atomwaffenfrei!

Kommt am 31.03.2018 zum Ostermarsch!



Der Trägerkreis
Münchner Friedensbündnis

Info: [www.muenchner-friedensbuendnis.de/
Faktencheck-Ostermarsch-Muenchen-2018](http://www.muenchner-friedensbuendnis.de/Faktencheck-Ostermarsch-Muenchen-2018)

Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG/VK) • Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. (FIFF) • Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung IPPNW e.V. • Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) • Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung (BIFA) • Mütter gegen Atomkraft München e.V. • Munich American Peace Committee (MAPC) • Netzwerk Friedenssteuer Gruppe München • Pax Christi München • Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten • Welt ohne Kriege e.V.

Die weiteren Unterstützer des Aufrufs werden aktuell bis zuletzt auf der Webseite aufgelistet:
www.muenchner-friedensbuendnis.de/Ostermarsch-Muenchen-2018-liste

BITTE WEITERHIN DEN AUFRUF UNTERSTÜTZEN:

www.muenchner-friedensbuendnis.de/Aufruf-Ostermarsch-unterzeichnen

DAS PROGRAMM AM 31. MÄRZ IN MÜNCHEN

10¹⁵ Uhr Ökumenischer Gottesdienst

St. Johannes, Preysingplatz (Haidhausen)

11³⁰ Uhr Auftaktkundgebung am Pariser Platz (Haidhausen)

Musik: **Tom the Woolfe**

Moderation: **Erhard Seiler**

Es spricht: **Thomas Lechner** Gemeinsam für Menschenrechte und Demokratie zur Situation der Geflüchteten in Deutschland

anschl. Demonstrationzug zum Marienplatz

13⁰⁰ Uhr Kundgebung auf dem Marienplatz

Es spricht: **Reiner Braun** Präsident International Peace Bureau (IPB)

Städtisches Grußwort: **Brigitte Wolf**

Musik: **De Ruam**

Moderation: **Tanja Kleibl**

(ab 12⁰⁰) **Infomarkt** mit Musik und Ansagen

www.muenchner-friedensbuendnis.de/ostermarsch-muenchen-2018

UND SCHON MAL VORMERKEN:

Friedensfahrradtour 2018
www.dfg-vk-bayern.de

FRIEDEN GEHT

Staffellauf 21. Mai - 2. Juni 2018
OBERNDORF-KASSEL-BERLIN
www.frieden-geht.de

Friedensbüro in der Frauenlobstr. 24
80337 Mü., Tel./AB: **089 - 271 59 17**

SPENDEN BITTE AUF DAS KONTO
IBAN: **DE 66 7001 0080 0041 0398 01**

„MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien“

Der türkische Angriff auf die kurdische YPG-Miliz im Distrikt Afrin in Nordsyrien im Januar 2018 lenkt wie in einem Brennspeigel die Aufmerksamkeit auf einige grundlegende Zusammenhänge und auf ein Dilemma des mittlerweile siebenjährigen syrischen Bürgerkriegs bzw. internationalen Stellvertreterkrieges. Viele Staaten sind in diesen Krieg involviert, mit jeweils eigenen Interessen, von den Nachbarländern Syriens bis hin zu Russland, den USA und auch **Deutschland**. Die syrische Bevölkerung trägt das Leid – und das Völkerrecht wird gebrochen.

Hunderttausende Menschen sind gestorben. Immer mehr Waffen und immer mehr ausländische Soldaten verursachen einen Schaden, der nicht mehr zu beziffern ist, der das Land unbewohnbar macht und millionenfach Menschen in die Flucht treibt.

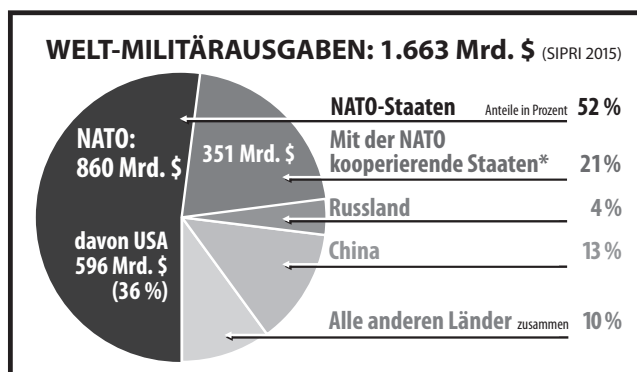
Es muss verhandelt werden. Ein nachhaltiger Friede in Syrien und der Region kann nur gewaltfrei erreicht werden. Das wissen alle Beteiligten, und die Abgeordneten des neuen deutschen Bundestags haben dafür Verantwortung. Wir fordern mit der Kampagne **MACHT FRIEDEN***

* das Bundeswehrmandat für Syrien nicht zu verlängern

* sich stattdessen für eine Stärkung des Friedensprozesses unter UN-Verantwortung einzusetzen, in den die syrische Zivilgesellschaft angemessen einzubeziehen ist.

* sowie die deutsche humanitäre Hilfe aufzustocken und gleichzeitig die Instrumente der Zivilen Konfliktbearbeitung auszubauen und einzusetzen.

* www.friedenskooperative.de/kampagne/macht-frieden-zivile-loesungen-fuer-syrien



* NATO-Partner:

Sie stellen Truppen für NATO-Interventionen, beteiligen sich an Manövern oder stellen US-Stützpunkte: u.a. Japan, Australien, Taiwan, Kuwait, Neuseeland, Israel, Georgien, V.A.E., Saudi-Arabien, Pakistan, Südkorea, Ukraine

OSTERMARSCH DRAUSSEN AM 2. APRIL 2018

Aktuelle Informationen zur diesjährigen Ostermontags-Wanderung erhalten Sie unter www.bifa-muenchen.de oder telefonisch: **089 - 308 55 91**



Veranstaltet von der **BIFA**, der **Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung**

Unsere familienfreundliche Wanderung führt uns in diesem Jahr zum Weißlinger See. Dabei kommen wir auch zur OHB System AG in Weißling – Oberpfaffenhofen. Das Hauptgeschäftsfeld dieser Firma sind erdnahe und geostationäre Satelliten. In der Homepage ist zu lesen: „Wir wollen die Chancen nutzen, die uns der Weltraum zur Überwachung der Erde in sicherheitsrelevanten Szenarien

bietet. Durch satellitengestützte Aufklärung erhalten die Entscheider aus der Politik und den Streitkräften wichtige Informationen über Krisen- und Kriegsgebiete, ohne Hoheitsrechte zu verletzen und eskalierend Einfluss zu nehmen.“ Für uns ein guter Grund, dort mal vorbei zu schauen. Mehr im Flugblatt, www.bifa-muenchen.de oder Tel. 089 - 308 55 91